

Protokoll

Thema	Bezirksgemeindeversammlung
Datum, Zeit	Dienstag, 10. Dezember 2019, 19.30 bis 22.05 Uhr
Ort	Kultur- und Kongresszentrum „zwei Raben“, 8840 Einsiedeln
Teilnehmende	Bezirksrat: Franz Pirker, Bezirksammann Hanspeter Egli, Bezirksstatthalter, Ressortchef Planung und Gewässer Andreas Kuriger, Säckelmeister, Ressortchef Finanzen Informatik Controlling Christoph Bingisser, Ressortchef Bildung und Kultur Meinrad Gyr, Ressortchef Infrastruktur Markus Kälin, Ressortchef Liegenschaften Sport und Freizeit Stefan Kälin, Ressortchef Bau Umwelt Energie Patrick Notter, Ressortchef Volkswirtschaft Sicherheit Peter Eberle, Landschreiber Rechnungsprüfungskommission: Annamarie Kälin-Steinegger, Präsidentin Stephan Böni Jeannine Kälin Karin Kälin-Tschupp Thomas Philipp Abteilungsleitende (Bezirksverwaltung): Andreas Baumgartner, Abteilungsleiter Planen Bauen Umwelt Energie Raffael Bosshard, Abteilungsleiter Bildung und Kultur Patricia Elmer, Abteilungsleiterin Soziales und Gesundheit Werner Landtwing, Abteilungsleiter Finanzen Informatik Controlling Roger Leitner, Abteilungsleiter Infrastruktur Irene Michel, Landschreiber-Stv., Abteilungsleiterin Präsidiales und Volkswirtschaft Sicherheit Jakob Wyrsh, Abteilungsleiter Liegenschaften Sport und Freizeit sowie rund 300 Stimmberechtigte

Begrüssung

Bezirksammann Franz Pirker begrüsst die anwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zur ordentlichen Bezirksgemeinde.

Der Bezirksammann verabschiedet den am 20. Oktober 2019 verstorbenen Bezirksrat Gerhard Villiger mit den Worten, welche er an der Trauerfeier für Gerhard Villiger in der Jugendkirche gesprochen hatte. Die Versammlungsanwesenden erheben sich in Erinnerung an den Verstorbenen in stillem Gedenken.

Nach dem anschliessenden Gebet stellt der Bezirksammann fest, dass die Einladung zur Bezirksgemeinde vorschriftsgemäss erfolgt ist. Beanstandungen bezüglich Ankündigung oder Einladung werden keine vorgebracht, womit die Bezirksgemeinde ordnungsgemäss abgehalten werden kann.

Das Protokoll der ausserordentlichen Bezirksgemeinde vom 19. August 2019 wurde an der Bezirksrats-sitzung vom 11. September 2019 genehmigt und anschliessend auf der Webseite des Bezirks publiziert.

Der Bezirksammann ersucht alle Anwesenden, welche nicht im Bezirk Einsiedeln stimmberechtigt sind, in einem separaten Bereich Platz zu nehmen. Er macht darauf aufmerksam, dass Personen, die wesentlich ohne Stimmrecht abstimmen, Wahl- und Abstimmungsfälschung begehen und sich damit strafbar machen.

Die Versammlung wird für das Protokoll auf Band aufgezeichnet. Wer sich zu Wort meldet, hat sich zuhänden des Protokolls mit Namen und Vornamen vorzustellen.

Wahl der Stimmenzähler

Aus der Versammlung erfolgen keine Empfehlungen, weshalb der Bezirksammann folgende Personen als Stimmenzähler vorschlägt:

- Rita Kälin
- Manuela Marti
- Tanja Bürgler
- Michael Kümín

Es erfolgen weder Einwände noch weitere Nennungen, womit die vorgeschlagenen Personen als Stimmenzähler gewählt sind.

Traktandenliste

Landschreiber Peter Eberle verliest die Traktandenliste:

- 1 Genehmigung des Voranschlags und der Investitionsrechnung 2020 und Festsetzung des Steuerfusses 2020
- 2 Nachkredite Laufende Rechnung 2019
- 3 Sachvorlage «Übertragung der Wahlbefugnis des Landschreibers von den Stimmberechtigten auf den Bezirksrat»
- 4 Sachvorlage «Zusatzkredit für die Aufstockung des Schulhauses Nordstrasse in der Höhe von 493 000 Franken»
- 5 Einbürgerungen
- 6 Varia

Bezirksammann Franz Pirker erkundigt sich, ob die Versammlungsteilnehmenden mit der Reihenfolge der Traktanden einverstanden sind. Es erfolgen keine Wortmeldungen, somit werden die Traktanden vorschlagsgemäss behandelt.

Traktanden

- 1 Genehmigung des Voranschlags und der Investitionsrechnung 2020 und Festsetzung des Steuerfusses 2020**

Säckelmeister Andreas Kuriger präsentiert der Versammlung das Budget 2020:

Ausgangslage

- Der Bezirk Einsiedeln schloss per Ende 2018 mit einem Eigenkapital von 21.5 Mio. Franken ab.
- Die Erwartung zur Laufenden Rechnung 2019 lässt aufgrund der beantragten Nachkredite sowie der positiven Rückmeldungen aus den Ressorts darauf schliessen, dass die Rechnung zwischen 1.1 und 1.5 Mio. Franken im Plus abgeschlossen werden kann

- Die Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) wird im Jahr 2020 bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen Auswirkungen auf die Bezirksrechnung nach sich ziehen.
- Zum ersten Mal seit dem Jahr 2003 ist in der Bezirksrechnung 2020 eine Defizitgarantie für das Spital Einsiedeln in der Höhe von 1.5 Mio. Franken enthalten.
- Der Anteil des Bezirks Einsiedeln aus dem innerkantonalen Finanzausgleich, ohne welchen der Bezirk Einsiedeln seinen Aufgaben nur schwer würde nachkommen können, wird im 2020 rund 14 Mio. Franken betragen.

Übersicht zum Voranschlag 2020

- Bei einem gleichbleibenden Steuerfuss von 230% sieht die Laufende Rechnung 2020 einen Aufwand von 92.7 Mio. Franken und einen Ertrag von 89.2 Mio. Franken und somit ein Defizit 3.5 Mio. Franken vor. Dies entspricht gegenüber dem Voranschlag 2019 einer Zunahme des Aufwandes von 1.1 Mio. Franken.
- Die Investitionsrechnung 2020 rechnet mit Bruttoinvestitionen von 12.3 Mio. Franken, Rückvergütungen von 3.1 Mio. Franken und somit Nettoinvestitionen von 9.2 Mio. Franken.
- Nettoinvestitionen und Aufwandüberschuss ergeben einen Finanzierungsfehlbetrag von ca. 5 Mio. Franken.

Anschliessend gibt der Säckelmeister einen Überblick zum Voranschlag 2020, weist in den einzelnen Bereichen auf erwähnenswerte Budgetposten hin und erläutert gewisse Begriffe:

- Abschreibungen: rund 6.5 Mio. Franken. Dies ist eine Folge der seit 2013 andauernden Investitionsphase in Schulbauten, Infrastrukturprojekte und Altersheim Gerbe. Ab 2021 wird bei den Abschreibungen aufgrund der neuen Abschreibungsmethode eine spürbare Entlastung eintreten.
- Die Passivzinsen sind trotz der höheren Verschuldung rückläufig. Dies einerseits, weil aufgrund einer neuen Regelung des Regierungsrats die Spezialfinanzierungen nicht mehr verzinst werden müssen. Zudem können auslaufende Kredite derzeit zu sehr guten Konditionen refinanziert und neue Kredite günstig abgeschlossen werden. Im Jahr 2019 konnte erstmals Geld zu Negativzinsen aufgenommen werden.
- Der Personalaufwand konnte über die letzten Jahre stabil gehalten werden. 2020 beträgt er 41.2 Mio. Franken, es wird mit einem Lohnsummenwachstum von 1% gerechnet.
- Der Sachaufwand (z.B. Mietkosten, Strassenunterhaltskosten) bewegt sich auf weiterhin hohem Niveau bei 19 Mio. Franken.
- Als eigentliches Sorgenkind bezeichnet der Säckelmeister die stetig ansteigenden «Eigenen Beiträge». Diese umfassen die durch übergeordnetes Recht gebundenen Kosten für Zahlungen an die Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen, Verlustscheine, Sozialhilfe, auch das Spital Einsiedeln ist in diesem Betrag enthalten. Per 2020 bewegen sich diese Kosten bei 19 Mio. Franken. Mit andern Gemeinden zusammen hat sich der Bezirksrat an den Regierungsrat gewandt mit dem Anliegen, dass sich der Kanton stärker an diesen Kosten beteiligt.
- Bei den Entgelten (Gebühreneinnahmen) machen die Einnahmen des Altersheims Langrüti rund die Hälfte der Erträge aus; die andere Hälfte, d.h. die übrigen Gebühreneinnahmen, sind leicht rückläufig.
- Aus dem innerkantonalen Finanzausgleich erhält der Bezirk Einsiedeln 10 Mio. Franken an Steuerkraftausgleich. Aus der Grundstückgewinnsteuer wird mit Einnahmen von 2.5 Mio. Franken gerechnet.
- Bei den «Beiträgen für eigene Rechnung» entrichtet der Kanton 5 Mio. Franken Beiträge des Kantons an die Primar- und Sekundarschule.
- Unter «Rückerstattungen von Gemeinwesen» sind die Erträge enthalten aus Leistungen für andere Gemeinden, z.B. für das Rechenzentrum Informatik.

- Das Budget für die Steuererträge wird jeweils basierend auf den Steuereingängen bis im August des laufenden Jahres erstellt. Es wird aktuell davon ausgegangen, dass das Budget 2019 knapp wird erreicht werden können. Deshalb wurde für das Jahr 2020 beim Steuerertrag der natürlichen Personen ein lediglich vorsichtiges Wachstum von 300'000 Franken budgetiert. Bei den Gesamteinnahmen inklusive der Vorjahre wird mit gleichbleibendem Ertrag wie in den Vorjahren gerechnet.
- Aufgrund der STAF ist beim Steuerertrag der juristischen Personen mit einem massiven Einbruch der Einnahmen zu rechnen. Die vom Kanton beschlossene Gewinnsteuersenkung bei den Firmen von 2.25 auf 1.95% hat gemäss Hochrechnung beim Bezirk Einsiedeln einen Steuerausfall von rund 700'000 Franken zur Folge. Dieser Betrag wird in den kommenden 10 Jahren ausgeglichen bzw. rückerstattet, weitere 2 Jahre teilweise. Ab dem 13. Jahr erfolgt keine Rückerstattung mehr. Im Jahr 2019 konnten einige ertragsreiche Steuerfälle aus den Vorjahren erledigt werden, was sich bei den Erträgen der Vorjahre bemerkbar macht. In den kommenden Jahren dürfte sich dieser Ertrag wieder einpendeln.
- In der Investitionsrechnung zeigen sich 2020 rund 12.3 Mio. Investitionen. Davon betreffen rund 8 Mio. Franken die Schulbauten, 1.2 Mio. Franken den Bereich Verkehr, insbesondere Hauptplatz, 1.3 Mio. Franken die ARA und 1 Mio. Franken die Wasserversorgung. In der Bilanz schlagen sich die Investitionen in der Verschuldung nieder, 2020 werden zusätzliche 5 Mio. Franken zur Deckung der Investitionen aufgenommen werden müssen.
- Das 2020 zu erwartende Eigenkapital bewegt sich bei 17 Mio Franken.
- Spezialfinanzierungen
 - Bei der Schadenwehr wird angesichts der budgetierten Aufwandüberschüsse 2019 und 2020 ein Verlustvortrag von rund 300'000 Franken resultieren. Da weitere Investitionen anstehen, u.a. für Fahrzeuge und einen Anbau beim Feuerwehrlokal, und sich die entsprechenden Amortisationen in der laufenden Rechnung niederschlagen, wird per 2021 eine Erhöhung der Ersatzabgaben nötig werden.
 - Beim Wasserwerk wird ebenfalls ein Verlustvortrag resultieren. Sowohl 2019 als auch 2020 waren bzw. sind Sonderausgaben zu verzeichnen, insbesondere für die Erschliessung neuer Wasserquellen. Allenfalls wird auch hier per 2021 eine Erhöhung der Gebühren notwendig.
 - Die Abwasserbeseitigung weist 2019 einen Verlustvortrag von 1.9 Mio. Franken aus. Das Guthaben aus Anschlussgebühren weist eine Höhe von 5.4 Mio. Franken auf. Als erste Massnahme wurde die im Jahr 2018 Anpassung der Abwassergebühren eingeleitet. Die Investitionen in die ARA sind weitestgehend abgeschlossen, die Erneuerung des Pumpen- und des Leitungsnetzes erfolgt laufend. Der Richtungsentscheid, ob die ARA mit dem Bezirk Höfe zusammengeschlossen wird, dürfte in rund drei Jahren gefällt werden.
 - Bei der Abfallbeseitigung resultiert ebenfalls ein Verlust. Es ist vorgesehen, im Jahr 2020 das Abfallreglement zu überarbeiten, allenfalls verbunden mit einer Gebührenanpassung.

Fazit

- Laufende Rechnung:
 - Der Personalaufwand ist stabil, der Stellenplan wird aber nach wie vor laufend kritisch hinterfragt.
 - Der Sachaufwand bleibt auf hohem Niveau, der Erhalt der Infrastruktur auf aktuellem und hohem Niveau ist aber sinnvoll und notwendig.
 - Die Auswirkungen der STAF bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen
 - Defizitgarantie Spital Einsiedeln mit 1.5 Mio. Franken
- Investitionsrechnung gemäss mittelfristiger Planung
- Spezialfinanzierung: gesetzliche Verpflichtung, diese innerhalb 5 bis 8 Jahren auszugleichen, weshalb mittelfristig ein Ausgleich erfolgen wird

Finanzplan

Nach Gesetz muss der Finanzplan für die Zeitspanne von drei Jahren ausgewiesen werden. In der Botschaft ist wiederum ein Finanzplan über sechs Jahre abgebildet. Aufgrund der Unsicherheiten präsentiert der Säckelmeister Basis heute die Finanzplanjahre 2021 bis 2023:

- Es wird mit einem gleichbleibenden Steuerfuss von 230% gerechnet.
- In der Laufenden Rechnung dürfte der Aufwand bis 2023 bei rund 90 Mio. Franken verbleiben. Einerseits werden die Abschreibungen aufgrund des neuen Abschreibungssatzes markant tiefer sein, andererseits geht man davon aus, dass die Defizitgarantie für das Spital Einsiedeln ab dem Jahr 2021 entfällt. Daraus resultiert für 2021 und 2022 ein geringfügiger Überschuss und im Jahr 2023 eine ausgeglichene Rechnung.
- Bei der Investitionsplanung geht man davon aus, dass die Investitionsphase im Jahr 2021 abgeschlossen werden kann und der Höchststand der Investitionen erreicht wird. Anschliessend werden sich die Investitionen bei einem Niveau von 5 Mio. Franken einpendeln.
- Eigenkapital / Verschuldung: Das Eigenkapital kann bei rund 17 Mio. Franken stabil gehalten werden, wobei in der Darstellung die Veränderungen aufgrund des neuen Rechnungslegungsmodells sichtbar werden.

Aussichten

- Die guten Aussichten der laufenden Rechnung werden von der Entwicklung der Sozialausgaben und der Bilanzsanierung des Spitals Einsiedeln getrübt. Dabei ist der Umfang dieser so genannten dritten Massnahme zugunsten des Spitals betragsmässig noch nicht klar, wird aber einen Einfluss haben auf die Verschuldung und das Eigenkapital.
- Abschluss der Investitionen im Jahr 2021. Neue Projekte sind kritisch zu betrachten, ansonsten ein Schuldenabbau nicht realistisch ist.

Bezirksammann Franz Pirker bedankt sich bei Säckelmeister Andreas Kuriger und seinem Team für die Vorarbeiten zum Budget 2020. Anschliessend erteilt er das Wort an die Rechnungsprüfungskommission. Deren Präsidentin, Annamarie Kälin-Steinegger, erläutert die

Stellungnahme der Rechnungsprüfungskommission zum Voranschlag 2020:

„Als Rechnungsprüfungskommission haben wir den Voranschlag (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) für das Jahr 2020 des Bezirks Einsiedeln geprüft. Für den Voranschlag ist der Bezirksrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diesen zu prüfen.

Gemäss unserer Beurteilung entspricht der Voranschlag den gesetzlichen Vorschriften. Die aufgezeigte Entwicklung des Bezirks erachten wir als vertretbar.

Wir empfehlen der Bezirksgemeinde den Voranschlag 2020 der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung zu genehmigen.“

Im Anschluss führt Bezirksammann Franz Pirker durch die Detailberatung des Voranschlags 2020 sowie der Investitionsrechnung 2020.

Im Konto 300.365 Kulturförderung verweist Säckelmeister Andreas Kuriger auf folgende Änderung gegenüber der gedruckten Botschaft: Der Beitrag an die Welttheatergesellschaft wurde von 100'000 auf 110'000 Franken erhöht, das Total der Kontogruppe 300.365 beträgt neu 227'700 Franken.

Ueli Brügger merkt unter Kontogruppe 341 Sihlseeanlagen (Strandbäder) an, dass die Badi Roblosen sehr erfolgreich betrieben werde und die Anlage neben dem Strandbadbetrieb auch für weitere Events genutzt werde. Er erkundigt sich, ob die Betreiber tatsächlich keine Miete entrichten müssen und die Kosten der Badi somit zulasten des Steuerzahlers gehen.

Bezirksrat Markus Kälin, Ressortchef Liegenschaften Sport Freizeit, bestätigt dies. Die Pächter bezahlen keine Miete, auch die Nebenkosten wie Telefon, Strom, Wasser, Kehrtricht trage der Bezirk. Der

Mietvertrag wurde im Jahr 2017 auf drei Jahre abgeschlossen und ist somit noch bis September 2020 gültig.

Seitens SP Einsiedeln stellt Kantonsrat Antoine Chaix unter dem Konto 790.318.01 den Antrag: «Im Voranschlag 2020 ist ein umfassender Planungskredit für sichere Schulwege im Dorf Einsiedeln von 41'000 und in allen Vierteln von 43'000 – insgesamt 84'000 – aufzunehmen.»

Argumentativ unterstützt wird er von der Initiantin des Antrags, Eva Schönbächler. Sie erachten die Verkehrssituation im Dorfszentrum als sehr gefährlich. Vor allem durch fehlende oder abrupt endende Trottoirs, schmale Fahrbahnen und aufgrund fehlender Fussgängerstreifen würden gefährliche Situationen entstehen und die Schulwegsicherheit sei nicht gegeben. Die Infrastruktur hinke dem wachsenden Verkehr hinterher. Die SP habe sich der Problematik angenommen und in einem überparteilichen Workshop die Probleme aufgezeigt. Es sei nun ein Konzept vorhanden mit folgendem Vorgehen: Mobilitätsumfrage durch den VCS, professionelle Analyse der Antworten, Begehung der kritischen Stellen, Aufzeigen von kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen. Dazu sein das Kostendach durch drei Büros erhoben und mit 41'000 Franken für das Dorf Einsiedeln und 43'000 Franken für die Viertel beziffert worden. Es handle sich um ein gut durchdachtes und erprobtes Konzept, die Schulwegsicherheit ganzheitlich zu überprüfen. Die Probleme seien identifiziert und deren Lösung sollte nicht hinausgeschoben werden, z.B. aufgrund des anstehenden Richtplans, mit dem Konzept würden die entsprechende Vorarbeit bereits geleistet.

Bezirksstatthalter Hanspeter Egli, Ressortchef Planung und Gewässer, hat keine Ergänzungen zu den sachlich und fachlich korrekten Ausführungen von Antoine Chaix und Eva Schönbächler. Wie er ausführt, sind im Konto 790.318.01 40'000 Franken für die Erarbeitung derartiger Grundlagen eingestellt. Jedoch habe der Bezirksrat die Reihenfolge der Verkehrsplanungskonzepte anders geplant, insbesondere aufgrund der anstehenden Projekte und Baustellen Bahnhofareal, grosser Herrgott, Hauptplatz, Dorfplatz. Im Rahmen des Richtplans würde ab dem Jahr 2021 auch die Verkehrssicherheit und damit auch die Schulwegsicherheit im Detail betrachtet.

Hansjörg Birchler unterstützt den Antrag der SP. Er würde sich zudem wünschen, dass sich die Kantonspolizei dem Thema Sicherheit auf den Kantonsstrassen vermehrt annehmen sollte. Er berichtet von zwei Vorfällen und nennt Problematiken wie Alkohol am Steuer und aggressives Verhalten. Falls man dies melde, werde man von der Polizei darauf hingewiesen, Anzeige zu erstatten.

Erika Weber unterstützt den Antrag ebenfalls. Für Kinder solle der Schulweg erfahrungsreich und eine Lebensschule sein, Elterntaxis müssten unbedingt verhindert werden. In diesem Sinne wäre dies ein gut investierter Betrag.

Lilian Schönbächler hat inhaltlich nichts gegen den Antrag einzuwenden. Sie befürchtet jedoch, dass mit dem von der SP beantragten Vorgehen das Geld nicht für Sicherheit, sondern für einen «Papiertiger» ausgegeben wird. Sie schlägt daher vor, die 84'000 Franken direkt für Umsetzungsmassnahmen einzusetzen, da die verkehrstechnisch problematische Stellen ja offenbar weitgehend bekannt seien.

Salome Besmer widerspricht dem. Es sei eine Expertenanalyse nötig, um die genauen Probleme zu identifizieren und konkrete Umsetzungsmassnahmen zu definieren. Auch sie nennt ebenfalls Beispiele von gefährlichen Situationen und Stellen.

Rudolf Bopp unterstützt den Antrag der SP und die entsprechenden Voten der Vorredner. Es sei eine saubere und umfassende Planung und Umsetzung durch Experten nötig. Punktuelle, nicht zu Ende gedachte Einzelmassnahmen würden keinen Sinn machen.

Kantonsrat Franz Camenzind reagiert auf das Votum von Lilian Schönbächler. Die Erarbeitung eines derartigen Konzepts sein mit einem entsprechenden Auftrag an den Bezirk und der Erwartung von Resultaten verbunden. Zudem macht er darauf aufmerksam, dass sichere Schulwege – insbesondere für potenzielle Neuzuzüger – als Standortvorteil zu werten sei.

Es erfolgen keine weiteren Voten und Bezirksammann Franz Pirker bringt den Antrag zur Abstimmung.

Die Bezirksgemeinde beschliesst:

Der Antrag der SP Einsiedeln «Im Voranschlag 2020 ist ein umfassender Planungskredit für sichere Schulwege im Dorf Einsiedeln von 41'000 und in allen Vierteln von 43'000 – insgesamt 84'000 – aufzunehmen» wird mit grossem Mehr angenommen und die Budgetposition 790.318.00 wird um 84'000 Franken auf neu 582'500 Franken erhöht.

Ueli Brügger stellt den Antrag, die Position 830.365.01 / Beitrag an den Verein Dorfmarketing für die nächsten drei Jahre um je 20'000 Franken aufstocken. Der Bezirksrat habe sich entschieden, aus dem REV auszutreten. Man solle sich nun zum Verein Dorfmarketing bekennen, welcher grosse Arbeit leiste und erfolgreiche Projekte wie das Kino am See, das Weekend am See oder poschtä.ch lanciert habe. Vom Beitrag an den Verein Dorfmarketing würde nicht nur der Tourismus profitieren, sondern vor allem hätte auch die Einsiedler Bevölkerung einen Nutzen davon.

Edgar Kälin, Co-Präsident des Vereins Dorfmarketing, ist überrascht über den Antrag und zeigt sich erfreut darüber, dass die Arbeit des Vereins geschätzt wird. Der Verein sei zwar stets bemüht, die Ausgaben im Griff zu haben, seien aber in der Umsetzung seiner Projekte stets auf Einnahmen angewiesen.

Es erfolgen keine weiteren Voten und der Bezirksammann schreitet zur Abstimmung.

Die Bezirksgemeinde beschliesst:

Der Antrag von Ueli Brügger, den Beitrag an den Verein Dorfmarketing für die nächsten drei Jahre um je 20'000 Franken aufzustocken, wird deutlich angenommen. Die Budgetposition 830.365.01 wird von 100 auf 20'100 Franken erhöht.

Kantonsrat Reto Keller erkundigt sich unter Position 864 Energiefonds, ob vorgesehen sei, im kommenden Jahr zwei Elektrofahrzeuge anzuschaffen. Wenn ja, möchte er den Preis wissen und den Grund, weshalb das Geld aus dem Energiefonds nicht für nachhaltige Gebäude eingesetzt werde.

Bezirksrat Stefan Kälin, Ressortchef Umwelt und Energie, bestätigt, dass 60'000 Franken für zwei Elektroautos gesprochen worden sind. Dieser Entscheid sei in der Energiekommission vorberaten worden. Es hätten diverse Anträge vorgelegen, welche alle aus der Verwaltung eingereicht worden seien. Man habe eine Anschaffung bevorzugt, die nach aussen sichtbar mache, dass der Bezirk in erneuerbare Energien investiere. Der entsprechende Antrag der Energiekommission sei vom Bezirksrat vollumfänglich unterstützt und genehmigt worden.

Ruedi Bopp ist der Meinung, dass die 188'000 Franken einem Drittel der Konzessionsabgaben entsprechen, welcher gemäss Energiefondsreglement reserviert wäre für private Projekte. Er versteht nicht, dass nun mit diesen Geldern Fahrzeuge für den Bezirk angeschafft werden.

Bezirksrat Stefan Kälin bestätigt, dass gemäss Reglement zum Energiefonds je ein Drittel für Private und die Bezirksverwaltung reserviert sei. Für den dritten Drittel habe der Private Vorrang. Falls dieser nicht ausgeschöpft werde, könne der Bezirk auch auf diese Gelder zurückgreifen. Insgesamt habe der Bezirk selber ein Drittel abgeschöpft, die restlichen Gelder seien durch Privat abgeschöpft worden.

Martin Thoma erkundigt sich nach der Notwendigkeit und dem Einsatz dieser Fahrzeuge. Angesichts der anstehenden Sanierungen von Schulbauten beispielsweise hätten die Gelder zielführender eingesetzt werden können.

Stefan Kälin bestätigt, dass der Bezirk über die laufende Rechnung durchaus in seine Infrastrukturen und die Sanierung der Schulbauten investiere. Insbesondere die grossen Investitionen in die Optimierung der Heizanlagen würden Jahr für Jahr grosse Ersparnisse bringen. Der Energiekommission hätten

beispielsweise auch Anträge für die Ausrüstung der Strassenbeleuchtung mit LED oder eine Photovoltaikanlage für das Feuerwehrgebäude vorgelegen. Ein Teil der öffentlichen Beleuchtung sei jedoch bereits mit LED ausgestattet, und die Ausrüstung des Feuerwehrgebäudes mit Solar müsste zu einem späteren Zeitpunkt im Zusammenhang mit dem Stromverbrauch des Altersheims Langrüti überprüft werden.

Rainer Holdener wünscht sich eine Antwort auf die Frage von Martin Thoma nach dem Verwendungszweck der beiden Elektrofahrzeuge.

Stefan Kälin erläutert, dass einerseits die Sichtbarkeit der Autos ein Argument war. Zudem würden heute für Dienstfahrten die privaten Autos der Mitarbeitenden verwendet, was alljährlich rund 10'000 Franken an Autospesen verursache. Für diese Dienstfahrten könnte künftig ein Elektroauto eingesetzt werden, die Verwendung würde in einem entsprechenden Reglement definiert.

Martin Thoma fragt sich, ob die Gelder nicht anders eingesetzt werden könnten. Er stellt den Antrag auf Streichung der 60'000 Franken.

Bezirksammann Franz Pirker weist darauf hin, dass die beiden Elektrofahrzeuge zwei bisherige Autos ersetzen und nicht zusätzlich angeschafft würden. Bei Streichung dieser Position müsste der Ersatz über die laufende Rechnung erfolgen. Er erinnert daran, dass die Fahrzeuge des Bezirks der Erfüllung des öffentlichen Auftrags dienen. Die Verwendung der 60'000 Franken für Elektroautos würde dazu beitragen, dass diese Fahrten des Bezirks möglichst ökologisch erfolgen können.

Bezirksrat Meinrad Gyr, Ressortchef Infrastruktur, bestätigt, dass in der Abteilung Infrastruktur ein Fahrzeug ersetzt werden müsse, der Werkhof benötige dieses Fahrzeug. Dabei habe man sich für ein Elektrofahrzeug entschieden, um ein Signal in Richtung Ökologie auszusenden.

Ueli Brügger resümiert, dass in der Botschaft nicht ersichtlich war, dass es sich bei diesen Fahrzeugen um Ersatzbeschaffungen handelt. Gegen einen Ersatz von Benzin- bzw. Dieselfahrzeuge durch Elektroautos sei grundsätzlich nichts einzuwenden. Hingegen bemängelt Ueli Brügger zum wiederholten Mal den fehlenden Detaillierungsgrad der Botschaft. Und er fragt nach allfälligen Zusatzinvestitionen für Elektrotankstelle.

Bezirksrat Stefan Kälin bestätigt, dass die 60'000 Franken sowohl Ladestation wie auch Winterräder beinhalte.

Edwin Reichmuth empfindet die Anschaffung als Luxus. Er erinnert zudem an die Kosten für deren Entsorgung.

Martin Thoma zieht seinen Antrag aufgrund der Tatsache, dass es sich um eine Ersatzbeschaffung handelt, zurück.

Felix Kummer weist auf unterschiedliche Zahlen bezüglich Finanzausgleich in der Botschaft hin und erkundigt sich, welcher Betrag korrekt sei.

Säckelmeister Andreas Kuriger präzisiert die Zahlen folgendermassen: 10 Mio. Steuerkraftausgleich, 1,5 Mio. Normaufwandausgleich und Grundstückgewinnsteuer 2,5 Mio. Die genannten 13 Mio. Franken setzen sich aus den Positionen 920 und 931 zusammen.

Christine Doerfel fragt bezüglich Position 620.501.21 nach, was mit den 400'000 Franken am Waldweg geplant sei.

Bezirksrat Meinrad Gyr, Ressortchef Infrastruktur, erläutert, dass es sich dabei um die zweite Etappe der Sanierung Waldweg ab Sternen Richtung Etzel handle.

Andreas Kunz, Grünliberale, erinnert daran, dass im Finanzplan ab dem Jahr 2021 kein Betrag für die Defizitgarantie des Spitals mehr vorgesehen ist. Er glaubt nicht, dass die unbegrenzte Defizitgarantie mit 1.5 Mio. Franken abgelöst werden kann. Er erkundigt sich, welche konkreten Massnahmen zur Beseitigung dieser Defizitgarantie vorgesehen seien.

Wie Bezirksammann Franz Pirker ausführt, befindet sich der Bezirksrat in engem Austausch mit dem Stiftungsrat und ist bezüglich der finanziellen Situation auf dem laufenden. Die Bestrebungen würden in Richtung Entlassung des Spitals in eine finanziell unabhängige Zukunft gehen, Verbunden mit der

Ablösung der Defizitgarantie. Dieses Vorhaben sei komplex und vielschichtig und die Verhandlungen mit dem Stiftungsrat intensiv. Es werde eine Lösung zulasten des Eigenkapitals und nicht zulasten der laufenden Rechnung geplant, weshalb diese Ablösung finanziell im Finanzplan nicht erscheine. Der Bezirksammann ist überzeugt, dass der Erhalt der medizinischen Grundversorgung in Einsiedeln dem Stimmbürger etwas Wert ist. Der Bezirksrat arbeite darauf hin, diesem die entsprechende Sachvorlage zur Beratung an der Bezirksgemeinde vom 15. April 2020 und Abstimmung am 17. Mai 2020 vorzulegen. Der Bezirksrat werde die Bevölkerung vororientieren, sobald konkreter dazu informiert werden könne.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Die Bezirksgemeinde beschliesst:

Die Anträge des Bezirksrats werden unter Berücksichtigung der Erhöhung des Beitrags Welttheater (plus 10'000 Franken) sowie der angenommenen Anträge Schulwegsicherheit (plus 84'000 Franken) und Dorfmarketing (plus 20'000 Franken) deutlich genehmigt:

- 1 Der Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 2020 wird mit einem Aufwand von 92 815 400 Franken und einem Ertrag von 89 206 100 Franken bzw. einem Aufwandüberschuss von 3 609 300 Franken zu Lasten des Eigenkapitals genehmigt.
- 2 Der Voranschlag der Investitionsrechnung für das Jahr 2020 mit Ausgaben von 12 390 000 Franken und mit Einnahmen von 3 119 000 Franken bzw. Nettoinvestitionen von 9 271 000 Franken wird genehmigt.
- 3 Der Steuerfuss wird für das Jahr 2020 unverändert bei 230 % einer Einheit festgesetzt.

2 Nachkredite Laufende Rechnung 2019

Bezirksammann Franz Pirker verweist auf die Botschaft ab Seite 43.

Hansjörg Birchler wundert sich über gewisse neue Begriffe in der Botschaft und erkundigt sich nach deren Bedeutung, z.B. „informativer Nachkredit“.

Wie Bezirksammann Franz Pirker erläutert, heisst «informativ», dass über diese Beträge nicht abgestimmt, sondern nur informiert wird, da es sich bei diesen Nachkrediten um gebundene Kosten handelt.

Bezirksammann Franz Pirker erteilt er das Wort an die Rechnungsprüfungskommission. Karin Kälin-Tschupp, präsentiert die

Stellungnahme der Rechnungsprüfungskommission:

„Die Rechnungsprüfungskommission des Bezirks Einsiedeln hat die Nachkredite zur Laufenden Rechnung 2019 im Betrag von 1 344 400 Franken in formeller, materieller und rechtlicher Hinsicht geprüft. Für sämtliche Nachkredite zum Voranschlag 2019 ist der Bezirksrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen. Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Nachkredite zur Rechnung 2019 den gesetzlichen Vorschriften.

Die RPK unterstützt den Antrag des Bezirksrats und empfiehlt der Bezirksgemeinde, die Nachkredite zur Laufenden Rechnung 2019 zu genehmigen.“

Die Bezirksgemeinde beschliesst:

Die Anträge des Bezirksrats

- 1 Die zu bewilligenden Nachkredite der Laufenden Rechnung 2019 von 305 400 Franken seien zu genehmigen.

- 2 Die informativen Nachkredite der Laufenden Rechnung 2019 von 1 039 000 Franken seien zur Kenntnis zu nehmen.

werden genehmigt.

3 Übertragung der Wahlbefugnis des Landschreibers von den Stimmberechtigten auf den Bezirksrat

Bezirksammann Franz Pirker verweist auf die Botschaft ab Seite 48.

§ 67 des am 1. Juli 2018 in Kraft gesetzten Gemeindeorganisationsgesetzes (GOG) lässt zu, dass für die Gemeinde- und Landschreiber nicht nur die Wahl durch das Stimmvolk, sondern auch eine Anstellung durch die Gemeinde- und Bezirksräte möglich ist. Er erinnert daran, dass die Frage nach der Übertragung dieser Wahlbefugnis bereits Bestandteil war der Sachvorlage Bezirksordnung, welche vom Stimmbürger am 22. September 2019 deutlich abgelehnt worden war. Dieses Abstimmungsergebnis sei vom Bezirksrat zur Kenntnis genommen und analysiert worden. Angesichts der öffentlichen Meinung im Vorfeld der Abstimmung dürfte die Sachvorlage an der Personal- und Besoldungsverordnung gescheitert sein. Deshalb habe sich der Bezirksrat zu einer erneuten Vorlage der Wahlbefugnis und bewusst gegen die Vorlage einer «Bezirksordnung light», d.h. ohne Personal- und Besoldungsverordnung, entschieden. Zudem habe die Frage der Wahlbefugnis an Aktualität gewonnen, weil sich der aktuelle Stelleninhaber Peter Eberle für keine weitere Amtszeit zur Verfügung stelle.

Wie der Bezirksammann ausführt, handelt es sich beim Landschreiber um eine wichtige Funktion mit hohen Anforderungen. Er amte als Vorsitzender der Verwaltungsleitung und es obliege ihm die administrative Hauptverantwortung über die Verwaltung. Der Landschreiber sei Sekretär und Protokollführer des Bezirksrates und verfüge in diesem Gremium über Antragsrecht. Man wünsche sich in dieser Funktion eine hohe Fachkompetenz, breite Management- und Führungserfahrung, solide Kenntnisse der Verwaltungsabläufe und Verhandlungsgeschick. Bei einer Anstellung sei die Auswahl an Bewerbern erwiesenermassen qualitativ und quantitativ höher. Zudem dürfe der zeitliche Aspekt nicht ausser Acht gelassen werden.

In seinem Fazit verweist Bezirksammann Franz Pirker auf die genannten zahlreichen und überzeugenden Gründe für die Übertragung der Wahlbefugnis an den Bezirksrat.

Hansjörg Birchler erkundigt sich nach wichtigsten Argumenten für den Systemwechsel.

Bezirksammann Franz Pirker erläutert, dass bei einer Wahl ein Stelleninserat veröffentlicht, die eingehenden Bewerbungen selektiert und mit den Ortsparteien besprochen würden. Die Wahl würde am 17. Mai 2020 erfolgen und – je nach Kündigungsfrist – könnte ein Stellenantritt unter Umständen nicht vor Januar 2021 erfolgen.

Auch bei einer Anstellung würde das Stelleninserat Anfang Januar publiziert. Wenn nach dem 10. Februar 2020 klar wäre, dass eine Anstellung durch den Bezirksrat erfolgen kann, würde dieser umgehend rekrutieren und anstellen können, womit ein Stellenantritt deutlich früher möglich wäre.

Gemäss Bezirksammann Franz Pirker haben die Erfahrungen anderer Gemeinden gezeigt, dass sich sehr gute Kandidaten zurückgezogen haben, sobald diese sich in eine öffentliche Wahl mit offenem Ausgang hätten begeben müssen.

Das Wort wird nicht mehr gewünscht und der Bezirksammann verliest den

Antrag des Bezirksrats

Der Übertragung der Wahlbefugnis des Landschreibers von den Stimmberechtigten auf den Bezirksrat sei zustimmen.

Die Sachvorlage wird an die Urnenabstimmung vom 9. Februar 2020 überwiesen.

4 Zusatzkredit für die Aufstockung des Schulhauses Nordstrasse in der Höhe von 493 000 Franken

Bezirksammann Franz Pirker verweist auf die Botschaft ab Seite 51. Er erteilt das Wort dem zuständigen Bezirksrat Christoph Bingisser, Ressortchef Bildung und Kultur.

Schulpräsident Christoph Bingisser erinnert daran, dass die Schulhausaufstockung an der Urnenabstimmung vom 12. Februar 2017 mit grossem Mehr angenommen worden war. Jedoch sei kurz davor die Vorlage für die Schulhauserweiterung Gross aus Kostengründen abgelehnt worden und der Bezirksrat habe die Vorlage für die Aufstockung des Schulhauses Nordstrasse aufgrund des Kosten- und Spardrucks auf Stufe Machbarkeit vorgelegt. Zudem sei der Bezirksrat unter Zeitdruck gestanden; der Schulraumbedarf im Dorf sei gross, weil das Projekt Herrenmatte nicht weiterverfolgt werden konnte, der schulische Auftrag aber dennoch erfüllt werden müsse.

Gewisse Kostenfaktoren hätten damals nur schwierig abgeschätzt werden können bzw. seien teils nicht berücksichtigt worden. Zudem sei die Kostengenauigkeit bei einer Aufstockung sehr viel schwieriger als bei einem Neubau. Schlussendlich habe sich der Umfang der Bau- und Sanierungsarbeiten als grösser als erwartet herausgestellt. Die alte Bausubstanz, die neuen Brandschutzvorschriften sowie die Anpassung der Elektroinstallationen und Sanitärleitungen waren weitere Kostenfaktoren, die zuwenig oder nicht berücksichtigt worden waren. Auch die Vergaben nach öffentlichem Beschaffungswesen hätten die Aufstockung verteuert, hingegen habe durch die Berücksichtigung lokaler Handwerker Wertschöpfung in der Region generiert werden können.

Wie Schulpräsident Christoph Bingisser erläutert, werden die Zusatzkosten grossmehrheitlich durch Sanierungsarbeiten im bestehenden Schulhaus verursacht, nicht durch die Aufstockung selber. Insgesamt hätten für die Sanierungsmassnahmen nachhaltige Lösungen gefunden werden können, welche den Werterhalt des bestehenden Gebäudes sichern, man habe nun ein Schulhaus für die nächsten Generationen.

Konkret setzen sich die Zusatzaufwendungen von 493'000 Franken zusammen aus

■ Erker	130'000
■ Brandschutz	80'000
■ Erkerkonstruktion	100'000
■ Notdach	36'000
■ Statische Massnahmen	21'000
■ Beleuchtung / Sanitäre Anlagen	61'000
■ Nordfassade	15'000
■ Honorare	50'000

Bezirksrat Christoph Bingisser führt aus, dass man seit August 2019 Kenntnis habe von der Überschreitung des Baukredits. Seit Oktober habe man eine verlässliche Kostenzusammenstellung erarbeitet, damit Transparenz geschaffen werden könne.

Die Erweiterung müsse per Schuljahr 2020/21 bezogen werden können, weshalb man unter Zeitdruck gestanden habe. Deshalb seien die Arbeiten weitergeführt worden, was zu einer vorzeitigen Inanspruchnahme des Kredits geführt habe.

Der Bezirksammann erteilt das Wort an das RPK-Mitglied Karin Kälin-Tschupp, sie präsentiert die

Stellungnahme der Rechnungsprüfungskommission

„Die Rechnungsprüfungskommission des Bezirks Einsiedeln (RPK) hat den Zusatzkredit von 493 000 Franken für die Aufstockung des Schulhauses Nordstrasse gemäss § 41 FHG geprüft. Aufgrund des fortgeschrittenen Erweiterungsbaus (nicht berücksichtigte Positionen bereits umgesetzt) sieht sich die RPK notwendigerweise veranlasst, dem Zusatzkredit von 493 000 Franken zuzustimmen.“

Die RPK erwartet, dass mit dem gesamten Verpflichtungskredit von 3 457 000 Franken (2 964 000 Franken ursprünglicher Kredit plus 493 000 Franken Zusatzkredit) das Projekt ohne weitere Mehrkosten abgeschlossen werden kann.

Der Antrag des Bezirksrates wird von der RPK unterstützt. Wir empfehlen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, dem Zusatzkredit zuzustimmen.“

Gemäss Ueli Brügger ist diese vorzeitige Inanspruchnahme eines Zusatzkredits laut Auskunft des kantonalen Rechtsdiensts nicht statthaft. Er erkundigt sich, ob der Bezirksrat sich dessen bewusst ist und was bei einer Ablehnung der Sachvorlage passieren würde.

Bezirksammann Franz Pirker bestätigt dies. Der Bau wird zwischenzeitlich fertiggestellt und der Bezirksrat ist sich bewusst, dass er mit einer Rüge des Kantons zu rechnen hätte.

Stefan Schönbachler erkundigt sich, ob die beantragten 493'000 Franken ausreichen oder ein weiterer Zusatzkredit zu erwarten ist. Er spricht die Einhaltung des Rhythmusprogramms und insbesondere die Umgebungsarbeiten an.

Bezirksrat Christoph Bingisser, Ressortchef Bildung und Kultur, bestätigt, dass man bezüglich Kostenrahmen auf Kurs befinde, gemäss aktuellen Zahlen sei noch kleine fünfstellige Reserve vorhanden. Jedoch sei die Aufstockung noch nicht abgeschlossen. Die Umgebung werde als separates Projekt geplant und umgesetzt, ohnehin sei diese im Moment durch die Altlastensanierung blockiert.

Das Wort wird nicht mehr gewünscht und der Bezirksammann verliest den

Antrag des Bezirksrats

Dem Zusatzkredit für die Aufstockung Schulhaus Nordstrasse im Betrag von 493 000 Franken sei zuzustimmen.

Die Sachvorlage wird an die Urnenabstimmung vom 9. Februar 2020 überwiesen.

5 Einbürgerungen

Bezirksammann Franz Pirker verweist bezüglich der Details zu den Bürgerrechtsbewerbern auf die Botschaft ab Seite 55 und bittet die Gesuchsteller, sich vorzustellen. Die Bürgerrechtsbewerber

- Dean Tasic
- Rade Tasic
- Danilo Tasic

stellen sich der Versammlung persönlich vor. Aus der Versammlung erfolgt keine Wortmeldung und der Bezirksammann schlägt vor, die vorliegenden Einbürgerungsgesuche gemeinsam zu behandeln.

Die Bezirksgemeinde beschliesst:

Die Einbürgerungsgesuche von Dean Tasic, Rade Tasic und Danilo Tasic werden gemeinsam beraten.

Der Bezirksammann erkundigt sich bei den Versammlungsteilnehmern, ob Fragen oder ein begründeter Gegenantrag zu einem der Einbürgerungsgesuche vorliege. Aus der Versammlung erfolgen weder Fragen an die Bürgerrechtsbewerber noch ein Gegenantrag. Somit gelten die Anträge des Bezirksrats

- Die in der Botschaft zum Voranschlag 2020 unter Traktandum 5.1 bis 5.3 aufgeführten Personen
 - Dean Tasic
 - Rade Tasic
 - Danilo Tasic

werden in das Bürgerrecht der Gemeinde Einsiedeln aufgenommen;

- die Neubürger haben eine Einbürgerungsgebühr gemäss Botschaftstexten zu entrichten;
- vorbehalten bleibt die Aufnahme in das Kantonsbürgerrecht;

als genehmigt.

Der Bezirksammann gratuliert den Neubürgern und heisst sie als Einsiedlerinnen und Einsiedler herzlich willkommen.

6 Varia

Andreas Noske erkundigt sich nach der Zeitschiene betreffend schulergänzendem Betreuungsangebot. Bezirksrat Christoph Bingisser, Ressortchef Bildung und Kultur, kann dahingehend Auskunft geben, dass die schulergänzende Betreuung Traktandum ist der nächsten Sitzung des Schulrats von kommenden Woche. Dabei werde das weitere Vorgehen besprochen, damit die Arbeiten fürs nächste Jahr auf intensiv vorangetrieben werden können. Eine entsprechende Abstimmung wird voraussichtlich im Jahr 2020 erfolgen.

Ueli Brügger erinnert an seinen Leserbrief, mit welchem er dem Bezirksrat verschiedene Fragen gestellt habe, und berichtet, dass er sehr viele Reaktionen darauf erhalten habe. Er erkundigt sich beim Bezirksrat nach den korrekten Antworten bezüglich Raumangebot Schulhaus und alternativem Standort Kindergarten Nordstrasse.

Bezirksammann Franz Pirker sowie die Bezirksratsmitglieder Christoph Bingisser und Markus Kälin können diese Fragen dahingehend beantworten, dass tatsächlich teilweise fehlerhaft kommuniziert wurde. Es handle sich korrekterweise und wie in der Botschaft dargestellt um sechs Schulzimmer. Die Elemente sind in einer Halle bei der Firma Landolt in Pfäffikon eingelagert, welche das absolut günstigste Angebot für die Einlagerung unterbreitet hatte. Die Kosten belaufen sich im Jahr 2018 auf 9'000 Franken und im Jahr 2019 auf 15'000 Franken. Insgesamt wurden für die Produktion der Elemente 204'000 Franken aufgewendet, weshalb man diese unbedingt verwenden wolle. Über das weitere Vorgehen bezüglich Standort werde entschieden, wenn die technische Untersuchung vorliege, was voraussichtlich im April 2020 der Fall sein werde.

Peter Kälin, Trachslau, weist darauf hin, dass für das alte Schulhaus Trachslau erst nach einer Umzonung eine andere Nutzung möglich sei. Angesichts der Arbeiten für Planung, Gesuchseinreichung, Behandlung allfälliger Einsprachen etc. dürfte es somit mindestens 10 Jahre dauern, bis das Gebäude einer neuen Nutzung zugeführt werden könnte. Eine Zwischennutzung sei aufgrund nötiger Investitionen auch eher unrealistisch. Er erkundigt sich beim Bezirksrat nach dessen Plänen für die Zukunft des Schulhauses. Zudem macht er beliebt, falls eine Veräusserung vorgesehen sei, die entsprechenden Verhandlungen umgehend anzugehen, damit die Zeit bis zur Volksabstimmung nicht ungenutzt verstreiche.

Bezirksammann Franz Pirker zweifelt daran, dass sich ein künftiger Investor in Vorleistungen zwingen lässt.

Wie Bezirksrat Markus Kälin, Ressortchef Liegenschaften Sport Freizeit, berichtet, war von Beginn weg ein Verkauf im Vordergrund gestanden, es seien auch bereits Interessenten vorhanden. Die Umzonung bedinge eine Nutzungsplanungsrevision, welche einer Volksabstimmung unterliege.

Bezirksstatthalter Hanspeter Egli, Ressortchef Planung und Gewässer, bestätigt die Aussagen von Peter Kälin, dass das Verfahren für die Umzonung aufwändig ist. Die Kosten für den Start der kommunalen Richtplanung sind im Voranschlag eingestellt. Die Bedürfnisse für eine Zwischennutzung, insbesondere bezirksintern, seien noch nicht evaluiert worden, man warte die Fertigstellung des neuen Schulhauses ab.

Bezirksammann Franz Pirker möchte der Einschätzung von Peter Kälin, die Zeit bis zu einer Volksabstimmung zu nutzen, nichts entgegenhalten. Der Bezirksrat werde dies prüfen und die Öffentlichkeit über das Vorgehen informieren.

Das Wort wird nicht mehr gewünscht und Bezirksammann Franz Pirker schliesst die Bezirksgemeinde mit den besten Wünschen für die bevorstehenden Feiertage und das kommende Jahr.

Für das Protokoll:

Bezirksrat Einsiedeln



Franz Pirker
Bezirksammann



Irene Michel
Landschreiber-Stv.

Vom Bezirksrat genehmigt an der Sitzung vom 15. Januar 2020 mit Beschluss Nr. 2020.2

Zufertigung (als PDF per eMail):

Alle Bezirksräte (9), Landschreiber, RPK-Präsidentin, alle Abteilungsleiter (7), Heimleiter APH Langrütli, Leiterin Personal, Leiterin Kommunikation und Webmaster zur Veröffentlichung auf der Webpage